

Neues aus dem Schulausschuss - Sitzung vom 26. Juni 2017

Wie in jeder Sitzung wurde kritisch hinterfragt, wie es mit den verschiedenen Programmen zum **Schulbaus** aussieht. Leider konnte die Verwaltung zu dem Beschleunigungsprogramm für 15 Maßnahmen keine konkreten Angaben machen. Ebenfalls sehen wir als problematisch an, dass das Verfahren für die Gesamtschule am Wasseramselweg in der Gebäudewirtschaft nicht personalisiert ist.

Die SPD hatte einen Antrag eingebracht, in der sie in einem Pilotprojekt die Einführung von **Mini Computern** in einigen Grundschulen wünscht. Wir haben diesen Antrag in abgeschwächter Form, das heißt, dass zunächst die Ergebnisse des Pilotprojekts abgewartet werden müssen, bevor überlegt wird, eine solche Maßnahme auf alle Grundschulen zu übertragen. Der Antrag wurde dann mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Einen großen Raum nahm die Diskussion um die Beantwortung unserer Anfrage zur **Gesamtschule Nippes** ein. In der Antwort macht die Verwaltung deutlich, dass sie wünscht, dass das als Interim genutzten Gebäude an der Paul-Humburg-Straße zur Zügigkeitserweiterung der Gesamtschule Nippes dienen soll. Die Erweiterung um zwei Züge ist jedoch sowohl von der Schulkonferenz wie auch von der Bezirksvertretung abgelehnt worden. Auch wir halten es für richtig, dass die Gesamtschule Nippes in der bisherigen Vierzügigkeit ihr pädagogisches Programm umsetzen können soll. Denkbar ist, dass das Gebäude Paul-Humburg-Straße für eine Sekundarschule genutzt werden könnte, die in integrierter Form so etwas wie eine kleine Gesamtschule darstellt. Als Oberstufe für diese Schule könnte dann die Gesamtschule Nippes fungieren. Es steht natürlich auch die Frage im Raum, ob die **zweite Gesamtschule für Nippes** auf dem Gelände an der Schmiedegasse errichtet werden könnte. Dazu gibt die Verwaltung an, dass das mindestens 8 Jahre dauern würde. Wir haben diesen Zeitplan bezweifelt, weil die B-Planänderung und Planung der Schule parallel laufen könnten, so dass die Zeit bis zur Fertigstellung sich um ca. 3 Jahre verkürzen könnte.

Eine weitere wichtige Anfrage hat sich mit der **Auf- und Ab-Schulung** von Schülern und Schülerinnen in Köln beschäftigt. Als besonders bedenklich wurde gesehen, dass sich der Trend von den Förderschulen zur allgemeinen Schule umgekehrt habe. Auch liegen bisher keine Daten darüber vor, was mit den 5,1% der Schülerinnen und Schülern ist, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen haben.

Bei den Beschlussvorlagen ging es im Wesentlichen darum, die **Zügigkeit von Schulen**, die in den vergangenen Jahren Mehrklassen gebildet haben, anzupassen. Die einzige Schule, an der mehr Schulplätze geschaffen werden, ist die Aufbaurealschule, die demnächst in die Bildungslandschaft Altstadt Nord zieht. Sie wird erweitert um die Stufen 5 und 6. Alle diese Entscheidungen fielen einstimmig.

Mit einer gewissen Skepsis würde eine Tischvorlage aufgenommen, in der die Verwaltung für die Umsetzung des Programms **Gute Schule 2020** 18 befristete Stellen wünschte. Wir haben argumentiert, dass wir nicht die Kompetenz hätten, den Umfang zu bewerten.

Selbstverständlich halten wir eine Umsetzung des Programms für nötig und eine entsprechende personelle Ausstattung der Schulverwaltung. Den Umfang jedoch soll final der Finanzausschuss entscheiden. Deshalb haben wir bei Enthaltung der SPD diese Vorlage ohne Votum in die nächsten Beratungen geschoben.

Horst Thelen